



## "Linkspolitikerin: Ost-Frauen stimmen weiter mit Füßen ab"

Im Wortlaut von Gesine Löttsch, 02. Oktober 2007

### **Abwanderung setzt sich fort - Jeder zweite Arbeitslose kann sich Theater und Kino nicht leisten - Löttsch: Tiefensee muss Realitäten anerkennen**

Ein Ende der Abwanderung aus Ostdeutschland ist auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung offenbar nicht in Sicht. Das hat eine von der Linksfraktion im Bundestag in Auftrag gegebene Umfrage zum "Leben in den neuen Bundesländern 2007" ergeben, die der Chemnitzer "Freien Presse" vorliegt. Danach sind es weiterhin vor allem junge Frauen, die ihren bisherigen Wohnsitz in den neuen Ländern aufgeben wollen. Fast ein Drittel der Befragten haben angegeben, dass sie in absehbarer Zeit einen Umzug planen. Bei den Männern hätten nur halb so viele diese Absicht geäußert, heißt es in der Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg, das zur Jahresmitte über 2.000 Bürger ab 18. Jahre in Ostdeutschland befragte.

Ausschlaggebend ist vor allem die berufliche Situation. Je besser die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, umso häufiger wird ein Umzug ausgeschlossen. Nach Ansicht der stellvertretenden

Fraktionsvorsitzenden der Linken, Gesine Löttsch, zeigten die Umfrageergebnisse, "dass die Frauen in Ostdeutschland weiter mit den Füßen abstimmen". Der Frauenmangel werde in den neuen Ländern zu einem echten Problem, sagte Löttsch der "Freien Presse". Sie forderte den für den Aufbau Ost zuständigen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auf, endlich die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und nicht weiter Zweckoptimismus zu verbreiten. Bei der Frage nach der Nutzung der Freizeiteinrichtungen zeigte sich der Studie zufolge, dass Arbeitslose und Alleinerziehende wegen der damit verbundenen Kosten die Angebote nicht oder selten nutzen. Jeder zweite Erwerbslose müsse aus finanziellen Gründen auf Kino- oder Theatervorstellungen ebenso wie auf den Besuch eines Schwimmbads oder einen Restaurantbesuch mit Freunden verzichten, hieß es. Generell gelte, dass Bewohner von kleineren Gemeinden und Städten im Osten sowohl bei den kulturellen Angeboten als auch bei der medizinischen Versorgung zunehmend benachteiligt würden.